

Betriebe von 10 bis 20 ha LN. Immer mehr Inhaber von Betrieben mit 20 bis 30 ha LN sehen aber heute auch diese Betriebsgröße nicht mehr als ausreichend an. Im ganzen gesehen kommen Flächenabstockungen – meist durch Verpachtung landwirtschaftlicher Flächen – oder Betriebsauflösungen bis zu einer Betriebsgröße von etwa 15 ha LN relativ häufig vor, während die Fälle mit Flächenaufstockungen erst bei einer Betriebsgröße unter 5 ha LN deutlich zurückgehen.

Bis zum Jahr 1980 muß aufgrund der bisherigen Entwicklungstendenzen vor allem mit einer erheblich stärkeren Landaufstockung bei den Betrieben über 20 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche gerechnet werden. Nach einer Trendextrapolation dürfte sich im gleichen Zeitraum die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ab 0,5 ha LF auf rund 170 000 Betriebe verringern, die noch eine landwirtschaftliche Nutzfläche von annähernd 1,5 Mill. ha bewirtschaften. Nach der sozial-ökonomischen Struktur der Agrarbetriebe gegliedert, würden dann bis 1980 auf die rund 55 000 Vollerwerbsbetriebe 1,1 Mill. ha LF, auf die etwa 15 000 Zuerwerbsbetriebe ungefähr 100 000 ha LF und auf die knapp 100 000 Nebenerwerbsbetriebe rund 300 000 ha LF entfallen.

Schlußbemerkungen

Genauere Kenntnisse über Ursachen, Umfang und Richtung der Betriebsgrößenveränderungen einzelner Betriebsgruppen sind für die zutreffende Beurteilung des Strukturwandels in der Landwirtschaft heute unerlässlich. Die bei der repräsentativen Arbeitskräfteerhebung erfaßten und aufbereiteten Merkmale lassen hinsichtlich dieser Tatbestände nur eine grobe Darstellung zu. Auch die bisher durchgeführte jährliche Auszählung der Betriebe nach Größenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche bzw. die Ermittlungen im Rahmen größerer Strukturhebungen reichen hierfür nicht aus. Der Aussagewert könnte aber wesentlich verbessert werden, wenn neben den Fällen mit Betriebsgrößenänderung auch die jeweilige Fläche die zur Veränderung führte, aufbereitet würde. Ferner sollten bei der Darstellung der Ergebnisse in einem weiteren Bereich als bisher – mit Ausnahme der Randgrößenklassen – gleichbleibende Größenklassenspannen gewählt werden. Vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften ist nun eine besondere Stichprobenerhebung geplant, die spezielle für die Beobachtung dieser Strukturveränderungen benötigte Daten liefern soll.

Gerhard Schwarz

Wohngeldempfänger und geleistete Wohngeldzuschüsse 1965 bis 1970

Für die Gewährung von Wohngeld in den Jahren 1965 bis 1970 war das Wohngeldgesetz in der Fassung vom 1. 4. 1965 (BGBl. I S. 177) bestimmend, durch welches die vorangegangenen verschiedenlichen Bundesregelungen über Miet- und Lastenbeihilfen abgelöst und die bestehende Rechtszersplitterung beseitigt wurde. Mit diesem Gesetz sollte jedem Inhaber von Wohnraum ein Mindestmaß an Wohnraum gesichert werden, ohne daß ihm hierdurch unzumutbare wirtschaftliche und soziale Härten entstehen. Das Wohngeld stellt einen „Zuschuß zu den Aufwendungen für den Wohnraum“ dar und ist somit eine aus öffentlichen Mitteln gewährte nicht zurückzahlbare Zuwendung zum Haushaltseinkommen. Es wird auf besonderen Antrag gewährt, und zwar in Form eines Mietzuschusses an Mieter von Wohnungen und als Lastenzuschuß an Eigentümer von Eigentumswohnungen, Eigenheimen, oder von Kleinsiedler- und Nebenerwerbsstellen. Die Berechtigten erhalten den Zuschuß unmittelbar und individuell bemessen. Auf die Zahlung von Wohngeld besteht ein Rechtsanspruch. Ob im Einzelfall ein Anspruch besteht, und in welcher Höhe er zuerkannt wird, hängt von verschiedenen Voraussetzungen ab, die sich nach den jeweiligen Bedürfnissen und besonderen Verhältnissen der Antragsteller richten.

Die soziale Verpflichtung und Verantwortung, die der Staat als Rechtsstaat seinen Bürgern gegenüber übernommen hat, bedingte, daß das Wohnen als schutzwürdiges Interesse auch in den Bereich der Sozialpolitik einbezogen wurde. Nach Maßgabe des Bundesministers für Städtebau und Wohnungswesen hat die Wohnung „sozialpolitisch für die Lebenssituation jedes Menschen die gleiche existenzwichtige Bedeutung wie der Arbeitsplatz“. Der Staat fördert deshalb das Wohnen durch den Einsatz öffentlicher Mittel, um die sichtbare Notlage zu beheben, die sich aus dem Mangel an preiswerten und geeigneten Wohnungen für einkommensschwache Personen und Familien ergibt.

Anzahl der Empfänger und Höhe der Aufwendungen steigt von Jahr zu Jahr

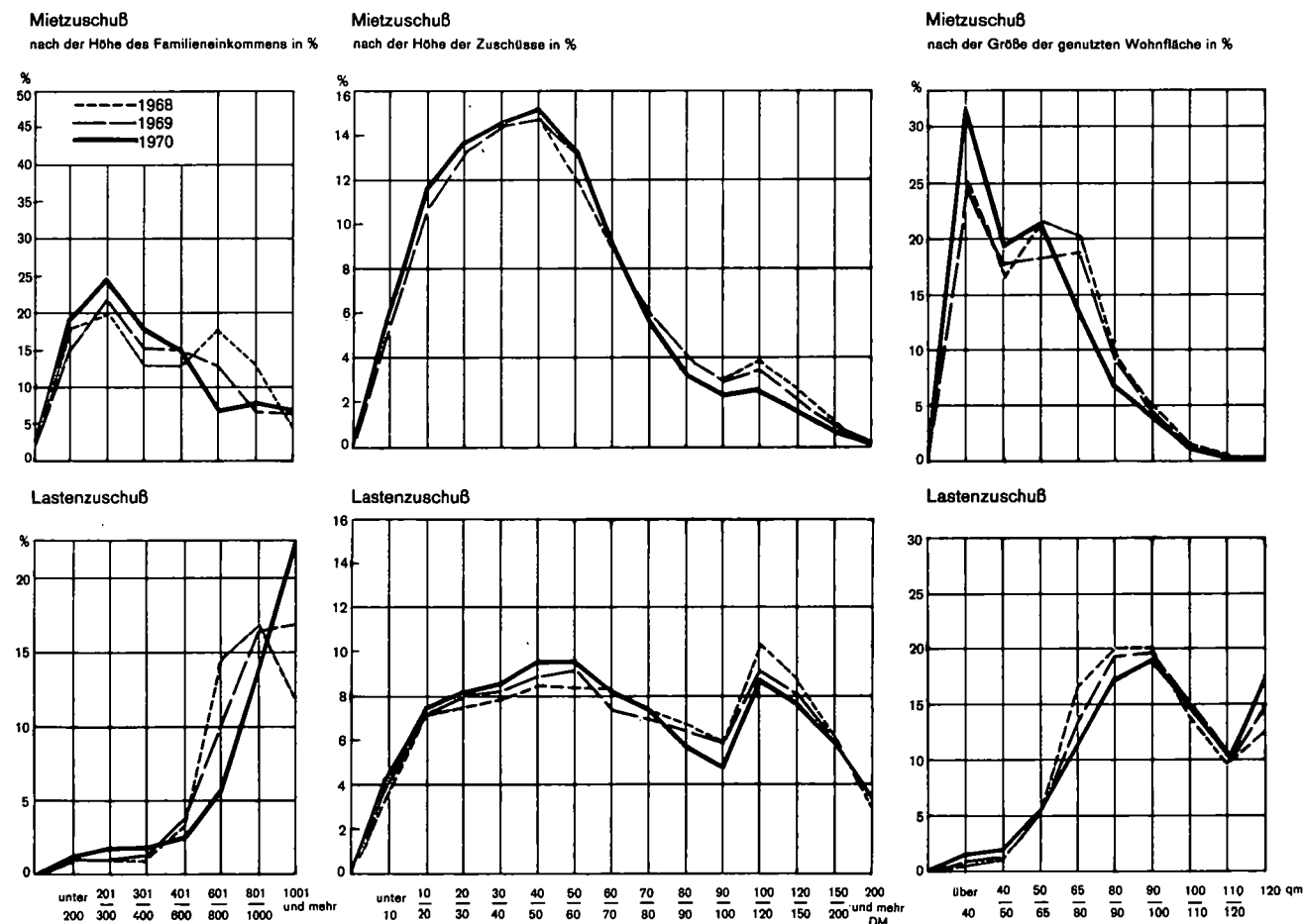
In den rund sechs Jahren, die seit der Rechtswirksamkeit des Wohngeldgesetzes verlossen sind, hat sich sowohl die Anzahl der Empfänger von Wohngeld als auch der Aufwand laufend erhöht (Tabelle 1). Während 1965 41 500 Anträgen auf Wohngeld entsprochen worden war, ist ihre Zahl im Jahr 1970 be-

reits um mehr als das Doppelte auf 93 000 angestiegen. Unter den Berechtigten befanden sich jeweils zu mehr als 90% Empfänger von Mietzuschüssen. Ihre Zahl hatte sich im genannten Zeitraum von 38 229 Berechtigten auf 87 481 um mehr als das Doppelte erhöht. Die Zahl der Empfänger von Lastenzuschüssen ist dagegen von etwa 3300 im Jahr 1965 nur um zwei Drittel auf rund 5500 im Jahr 1970 gestiegen. Im Jahr 1965 hatten etwa 1,5% der Wohnbevölkerung Antrag auf Wohngeld gestellt; ihr Anteil erhöhte sich bis 1968 auf rund 3%, doch sank er bis 1970 wieder auf 2,4%. Die relative Minderung bei steigender Empfängerzahl ist auf die jeweils unterschiedliche Zusammensetzung des Kreises von Wohngeldempfängern zurückzuführen. So hat der Anstieg des Anteils der Rentner von rund 54% (1965) auf 69% (1970) unter den Mietzuschußempfängern wohl zu einer Erhöhung der Zahl der

Tabelle 1
Wohngeldempfänger und Wohngeldaufwendungen

Jahr	Empfänger	Jährliche Zunahme	Davon erhalten	Auszahlung	Jährliche Aufwandssteigerung
	Anzahl	%		1000 DM	%
Mietzuschuß					
1965	38 229	—	92,1	14 882	—
1966	63 918	67,2	89,2	43 431	191,8
1967	74 844	17,1	90,0	44 278	1,9
1968	80 776	7,9	91,1	48 679	9,9
1969	81 625	1,1	91,8	51 917	6,6
1970	87 481	7,2	94,1	53 688	3,4
Lastenzuschuß					
1965	3 275	—	7,9	2 014	—
1966	7 747	136,5	10,8	8 990	346,4
1967	8 280	6,9	10,0	9 667	7,5
1968	7 851	— 5,2	8,9	9 120	— 5,7
1969	7 255	— 7,6	8,2	8 060	—11,6
1970	5 483	—24,4	5,9	4 733	—41,3
Wohngeld					
1965	41 504	—	100	16 896	—
1966	71 665	72,7	100	52 421	210,3
1967	83 124	16,0	100	53 945	2,9
1968	88 627	6,6	100	57 799	7,1
1969	88 880	0,3	100	59 977	3,8
1970	92 964	4,6	100	58 421	— 2,6

Anteile der Empfänger von Miet- und Lastenzuschüssen in Baden-Württemberg am 31.12.1968 bis 1970



16671

Wohngeldempfänger geführt; da es sich aber bei diesem Personenkreis in der Mehrzahl um Einpersonen- oder höchstens Zweipersonenhaushalte handelt, vergrößerte sich die Zahl der Empfänger insgesamt nur in gleichem Maße. Die Zahl der Empfänger von Lastenzuschuß, die von 1965 (3275) bis 1968 (8200) laufend zunahm, verringerte sich bis 1970 (5483) beträchtlich. Bei diesem Personenkreis handelt es sich hauptsächlich um größere Haushalte, so daß der zahlenmäßige Rückgang der Lastenzuschußempfänger auch eine nicht unerhebliche Verringerung der Empfänger insgesamt bewirkte. Die Durchschnittsgröße der Haushalte mit Wohngeld hat sich von 1965 bis 1970 von 3,03 Personen auf 2,38 Personen verkleinert.

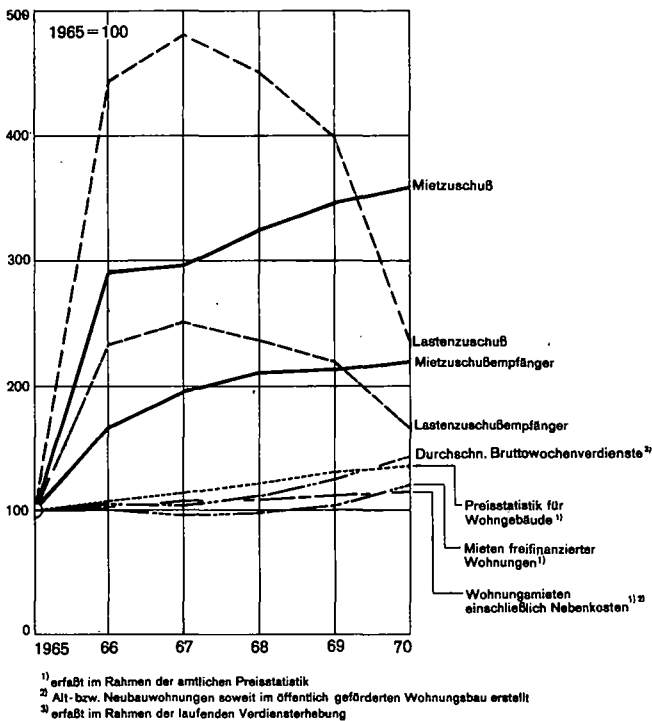
Die Ausweitung des Empfängerkreises hatte zwangsläufig auch einen beträchtlichen Anstieg der Aufwandssummen zur Folge; so liegt das im Jahr 1970 geleistete Wohngeld (58,4 Mill. DM) um fast das Zweieinhalbfache über dem Leistungsaufwand von 1965 (16,9 Mill. DM), wobei sich das anteilige Verhältnis der geleisteten Beträge von Miet- und Lastenzuschüssen weiterhin zugunsten der erstgenannten von 88:12 auf 92:8 verlagert hat. Im Vergleich zum Aufwand der Sozialhilfe (BSHG) insgesamt betrug das geleistete Wohngeld 1965 rund 11%, 1968 nahezu 30% und 1970 etwa 24%. Letztlich überstiegen die ausgezahlten Wohngelder den Aufwand der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt in Höhe von 57 977 304 DM um ein geringes. Der ständige Anstieg der Zahl der Mietzuschußempfänger ist einerseits die Folge der Mietpreiserhöhungen, besonders der steigenden Mietpreisforderungen für Neubauwohnungen, und andererseits durch die Erweiterung

des Kreises der Anspruchsberechtigten, vor allem durch die in jüngster Zeit erfolgte Einbeziehung der Sozialhilfeempfänger verursacht. Der im Jahr 1969 beginnende zahlenmäßige Rückgang der Lastenzuschußempfänger ist zweifellos durch die erfolgten Lohn- und Gehaltserhöhungen, wodurch eine beachtliche Anzahl von gestellten Wohngeldanträgen nicht mehr anerkannt werden konnte, und durch die anhaltende Steigerung der Baupreise bedingt, die eine Realisierung von Eigentumswünschen der angesprochenen Bevölkerungsschichten mehr und mehr erschweren. Das Diagramm veranschaulicht die Entwicklung und den Zusammenhang der genannten Faktoren, die sich sowohl auf die Zahl der Empfänger als auch auf die Höhe der Wohngeldzuschüsse auswirken. Sämtliche statistischen Werte sind als Indexreihen, Basis 1965 = 100, in Vergleich gestellt.

Empfänger von Mietzuschüssen überwiegend Nichterwerbstätige

Wie die Entwicklung der letzten fünf Jahre zeigt, sind es vor allem die nicht mehr Berufstätigen, die Mietzuschüsse erhalten. Mehr als zwei Drittel (68,4%) aller im Jahr 1970 ermittelten Mietzuschußempfänger standen nicht mehr im Erwerbsleben. Es sind dies überwiegend Haushalte von alleinstehenden Rentnern und Pensionären, die eine öffentliche Sicherung ihres Wohnraumbedarfs benötigen sowie Zweipersonen-Haushalte; auch bei diesen dürften die Rentner und Pensionärsehepaare am zahlreichsten vertreten sein. Nur etwa ein Viertel der 1970 erteilten Mietzuschüsse entfielen auf Haushalte mit drei und

Entwicklung von Wohngeld, Miet- und Baupreisen sowie der Verdienste 1965 bis 1970



16371

mehr Personen; die Hälfte der Mehrpersonen-Haushalte waren Familien mit fünf und mehr Personen. Die im Wohngeldgesetz vorgesehene Hilfe zur Erlangung von Wohnungseigentum dagegen wurde überwiegend von Erwerbstätigen, in der Mehrzahl von Arbeitern, in Anspruch genommen. Im Jahr 1970 ist mehr als die Hälfte (57,8%) der 5500 gewährten Lastenzuschüsse an Arbeiterfamilien ausgezahlt worden. Es waren zum überwiegenden Teil kinderreiche Familien mit fünf und mehr Personen, ein Haushaltstyp, der nicht zuletzt wegen der großen Kinderzahl Schwierigkeiten hat, eine geeignete, den Wohnbedürfnissen entsprechende Mietwohnung zu erlangen. Über zwei Drittel (66,7%) aller Lastenzuschüsse entfielen auf diesen Personenkreis; nur rund 11% waren Ein- und Zwei-Personen-Haushalte (Tabelle 2 und 3).

Tabelle 3
Wohngeldempfänger nach Haushaltsgröße und Höhe des Wohngeldes am 31. 12. 1970

Haushalte mit ... Personen	Wohngeldempfänger		Davon mit einem Wohngeld in Höhe von ... DM									
	Anzahl	%	unter 10	10	20	30	40	50	60	80	100 und mehr	
				bis unter								
				20	30	40	50	60	80	100		
	Mietzuschuß											
1	49 114	56,1	2 642	5 765	7 320	8 378	9 201	7 862	6 894	957	95	
2	15 215	17,4	999	1 760	2 046	1 889	1 855	1 749	2 946	1 262	709	
3	5 301	6,1	364	576	591	592	496	523	850	644	665	
4	6 606	7,5	490	849	790	722	691	610	866	724	864	
5 und mehr	11 245	12,9	632	1 087	1 130	1 076	1 045	964	1 580	1 291	2 440	
Insgesamt	87 481	100	5 127	10 037	11 877	12 657	13 288	11 708	13 136	4 878	4 773	
	Lastenzuschuß											
1	341	6,2	23	37	43	44	49	56	77	12	-	
2	287	5,2	14	21	39	23	37	38	59	37	19	
3	216	4,0	11	29	17	25	28	17	35	24	30	
4	983	17,9	46	112	141	115	121	103	140	99	106	
5 und mehr	3 656	66,7	146	214	212	271	273	298	546	419	1 277	
Insgesamt	5 483	100	240	413	452	478	508	512	857	591	1 432	

Tabelle 2
Wohngeldempfänger nach ihrer sozialen Stellung am 31. 12. 1970

Soziale Stellung	Wohngeldempfänger		Davon Empfänger von			
	Anzahl	%	Mietzuschuß		Lastenzuschuß	
			Anzahl	%	Anzahl	%
Selbständige	808	0,9	694	0,8	114	2,1
Beamte	2 427	2,6	1 992	2,3	435	7,9
Angestellte	5 379	5,8	4 601	5,3	778	14,2
Arbeiter	15 431	16,6	12 262	14,0	3 169	57,8
Rentner und Pensionäre	60 769	65,4	59 885	68,4	884	16,1
Sonstige Nichterwerbstätige ..	8 150	8,7	8 047	9,2	103	1,9
Insgesamt	92 964	100	87 481	100	5 483	100

Über 75% aller Wohngeldempfänger in Neubauwohnungen

Im Zusammenhang mit den sozialen, familiären und finanziellen Aspekten der Gewährung von Wohngeld interessieren vor allem die Wohnverhältnisse, in denen die Empfänger von Miet- und Lastenzuschüssen leben, das heißt, ob dieser Personenkreis Alt- oder Neubauwohnungen bewohnt, und ob diese Wohnungen mit öffentlichen Mitteln gefördert oder frei finanziert bzw. steuerbegünstigt erstellt worden sind. Bezogen auf die Wohngeldempfänger des Jahres 1970 wohnen mehr als 76% in Wohnungen, die nach der Mitte des Jahres 1948 bezugsfertig geworden sind. Mehr als die Hälfte dieser in „Neubauwohnungen“ lebenden Empfänger hat eine freifinanzierte oder steuerbegünstigte Wohnung inne. Die mit öffentlichen Mitteln des sozialen Wohnungsbaus geförderten Wohnungen bemessen sich anteilig nur auf 45%. Für die Empfänger von Mietzuschüssen ergeben sich nahezu die gleichen Relationen wie für die Wohngeldempfänger insgesamt. Eine andere Gewichtung haben dagegen die für die Empfänger von Lastenzuschüssen errechneten Quoten. Gemessen an den Wohnungen insgesamt bewohnen lediglich knapp 4% eine „Altbauwohnung“, das heißt eine Wohnung, die vor Mitte des Jahres 1948 bezugsfertig war. Dementsprechend beläuft sich der Anteil der Inhaber von Neubauwohnungen auf 96%. Im Gegensatz zu den von Mietern genutzten Wohnungen liegt hier der Anteil der mit öffentlichen Mitteln geförderten Bauvorhaben bei rund 66%, wogegen die freifinanzierten und steuerbegünstigten Wohnungen nur zu einem Drittel Gewicht haben. (Tabelle 4).

Tabelle 4
**Wohngeldempfänger nach dem Baualter
 der Wohnungen am 31. 12. 1970**

Baualter der Wohnungen	Wohngeld- empfänger		Davon Empfänger von			
			Mietzuschuß		Lastenzuschuß	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Bis Mitte 1948 bezugsfertig	22 199	23,9	21 999	25,1	200	3,6
nach Mitte 1948 bezugsfertig	70 765	76,1	65 482	74,9	5 283	96,4
davon freifinanziert u. steuerbegünstigt	38 648	56,6	36 565	55,8	2 083	39,4
öffentlich gefördert vor dem 1. 1. 1957	9 220	13,0	9 154	14,0	66	1,3
öffentlich gefördert nach dem 1.1.1957	22 897	32,4	19 763	30,2	3 134	59,3

Wohngeldzuschüsse abhängig von der Einkommensgrenze

Da vor allem für die einkommensschwachen Bevölkerungskreise die individuelle Mietbelastung durch Gewährung von Wohngeld abgeschwächt werden soll, wird der Kreis der Berechtigten weitgehend von der Höhe der Einkommen bestimmt. Nach dem Willen des Gesetzgebers dürfen vor allem Personen mit niedrigem Einkommen weder von der Höhe der Miete noch von der laufenden Steigerung der Mietpreise mehr als zumutbar betroffen werden. Die individuelle Mietbelastung soll vielmehr in Härtefällen durch das Wohngeld „korrigiert“ werden. Der Berechnung des Wohngeldes liegt nicht das tatsächliche Netto-Einkommen zugrunde, sondern das um verschiedene Beträge bereinigte sogenannte „anrechenbare Einkommen“. Es unterscheidet sich in der Höhe wesentlich von der Summe der echt verfügbaren Einkommen aller zum Haushalt gehörenden Mitglieder. Das sehr viel geringere Einkommen der nicht mehr Erwerbstätigen unter den Wohngeldempfängern bedingt – wie bereits erwähnt – den sehr hohen Anteil der Rentner und Pensionäre unter den Empfängern von Mietzuschüssen. Weit mehr als die Hälfte dieser Empfängergruppe weist nur ein Einkommen bis 400,- DM nach. Ihr Anteil schwankt zwischen 55% im Jahr 1965 und 62% im Jahr 1970, das heißt, daß für diesen finanziell weniger gutgestellten Personenkreis eine angemessene Versorgung mit Wohnraum ohne Wohngeld nicht gesichert wäre.

Zur Bestreitung des Lebensunterhalts stehen – insgesamt gesehen – den Empfängern von Mietzuschüssen sehr viel geringere Einkommen als den Empfängern von Lastenzuschüssen zur Verfügung. In den genannten Jahren lag der Anteil der Empfänger von Lastenzuschuß in der untersten Einkommensgruppe (bis 400,- DM) unter 5%, dagegen ist der Anteil der Empfänger in der höchsten Einkommensgruppe (1000,- und mehr DM) von 15% (1965) auf 45% (1970) außerordentlich gewachsen. Die Verlagerung der Gewichte erfolgte in dem Maß, in dem sich die mittlere Einkommensgruppe vermindert hat. Es ist offenkundig, daß die Bezieher dieser großen Einkommen, deren Wertung nur relativ im Sinne der hier gebildeten statistischen Einkommensgruppen zu verstehen ist, eher in der Lage sind, als die Bezieher geringerer Einkommen, sich Eigenheime oder Eigentumswohnungen zu leisten. Damit gewinnt das Wohngeld als „Instrument zur Förderung des Wohnungsbaus“ eine nicht unerhebliche Bedeutung. Lastenzuschüsse sind vor allem eine spürbare Hilfe für kinderreiche Familien geworden.

Trotz der finanziellen Vorteile, die den Berechtigten nach dem Wohngeldgesetz erwachsen, ist in der Öffentlichkeit harte Kritik geübt worden. Sie richtete sich sowohl gegen das materielle als auch gegen das formelle Recht. So sah sich die Bundesregierung veranlaßt, mit Wirkung vom 1. Januar 1971 durch eine entsprechende Novelle das bisher geltende Wohngeldgesetz unter Anpassung an die geänderten Miet- und Einkommensverhältnisse grundlegend zu reformieren. Außer bedeutsamen finanziellen Verbesserungen für die Berechtigten bringt das Zweite Wohngeldgesetz auch erhebliche administrative Erleichterungen.

Es kann erwartet werden, daß sich die Zahl der Wohngeldempfänger beachtlich erhöht. An Hand der bereits im 1. Halbjahr 1971 beantragten Zuschüsse ist mit einem Zugang von etwa 25 000 Empfängern zu rechnen. Unter Zugrundelegung der letztlich geleisteten Zuschüsse würde dies Mehrausgaben in Höhe von mindestens 15 Mill. DM bedeuten. Die Ausgaben-erhöhung, die sich aus der Verbesserung des bisher geltenden Rechts ergeben, dürfte voraussichtlich jedoch noch um einiges höher liegen. Allgemein wird schätzungsweise mit einer Mehrbelastung von 30 bis 40% gerechnet. Bund und Länder tragen die Ausgaben für das Wohngeld je zur Hälfte.

Dipl.-Kaufmann Gertrud Heß

Die Industrie in Baden-Württemberg 1970

Verschiedene Statistiken aus dem Bereich der Industrie, wie Ergebnisse des Industrierichts, der Produktionsstatistik, der Investitionserhebung, der vierteljährlichen Verdiensterhebung in Industrie und Handel, sowie des Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte werden in diesem Band zusammengefaßt und in Übersichten nach Industriegruppen geordnet, veröffentlicht. Auf diese Weise wird eine schnelle Orientierung über die Entwicklung in den einzelnen Bereichen erleichtert. Ergänzt wird der Band durch Tabellen über die langfristige Entwicklung der gesamten Industrie und die wichtigsten Ergebnisse der Industrierichterstattung nach Kreisen.

62 Seiten DIN A 4, Preis 5,- DM

Zu beziehen durch das Statistische Landesamt Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1, Postfach 898